



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mit der Zustimmung des Bundesrates haben wir am Freitag das umfangreichste Reformhaben in dieser Legislaturperiode zu Ende gebracht: die Neureglung des Länderfi-

neuen und gerechteren Schlüssel aufgeteilt. An dieser Stelle möchte ich alle beruhigen, die mir in den letzten Tagen ihre Sorgen wegen einer angeblich bevorstehenden Privatisierung der Autobahnen mitgeteilt haben. Dazu wird es nicht kommen. Ein Verkauf der neu gegründeten Gesellschaft sowie der Autobahnen wird per Grundgesetzartikel ausgeschlossen.

Erfreuliche Nachrichten kommen vom Arbeitsmarkt. Dort hält Deutschlands schönster Abwärtstrend weiter an. Erstmals seit 1991 ist die Arbeitslosenzahl wieder unter 2,5 Millionen gesunken. 44 Millionen Menschen haben derzeit einen festen Arbeitsplatz. Über 700.000 offene Stellen sind derzeit ausgeschrieben.

Heftig diskutiert wird derzeit das Thema Ehe für alle. Ich finde die Aufregung etwas übertrieben, denn die behauptete Diskriminierung existiert nicht. Es gibt zwischen Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft praktisch keine Unterschiede mehr, was die Rechte der Partner in beiden Lebensformen anbe-

langt. Seit Jahrhunderten bezeichnet die Ehe die Verbindung von Mann und Frau. Die Institution Ehe steht unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes, so dass für die Ehe für alle der Ehebegriff an Artikel 6 Absatz 1 GG geändert werden müsste.

Nach meiner Auffassung sollte es beim traditionellen Eheverständnis bleiben. Ich sehe darin keine Zurücksetzung oder Missachtung von gleichgeschlechtlichen Paaren. Sie übernehmen genauso wie Ehepaare dauerhaft die Verantwortung für den Partner, schenken einander Fürsorge und Unterstützung und bereichern somit unsere Gesellschaft – ganz unabhängig von der Bezeichnung.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre und schöne Pfingsttage.

Ihr

„Europa – was tun mit deinen Flüchtlingen?“

Podiumsdiskussion

mit

Gerd Müller

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Schülerinnen und Schülern & Studierenden

Dienstag, 13. Juni 2017

19.30 - 21.00 Uhr

Europa-Universität Viadrina
Logenstraße 11, Logensaal

EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA FRANKFURT (ODER)

nanzausgleichs. Dank eines alle Beteiligten zufriedenstellenden Kompromisses werden die Gelder zwischen den ärmeren und den reicheren Bundesländern nach einem

Nr. 80/18. WP
2. Juni 2017

Lammert beim Jahresempfang der Frankfurter CDU



Stellv. Kreisvorsitzender Christian Matuschowitz, Landesvorsitzender Ingo Senftleben, Bundestagspräsident Norbert Lammert, Ulrich Junghanns (von links)

180 Gäste hatten sich am Dienstag in der Konzerthalle zum Jahresempfang der CDU Frankfurt (Oder) eingefunden. Prominenter Gast des Abends war Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU).



Bundestagspräsident Lammert

In seiner Rede spannte er einen weiten historischen Bogen vom Hambacher Fest bis zur heutigen parlamentarischen Demokratie. In Deutschland herrschten heute die besten Verhältnisse, die es je gegeben habe, gab sich Lammert überzeugt. Dies sei keine Selbstverständlichkeit. Dennoch sei erstaunlicherweise bei vielen keine Dankbarkeit dafür zu spüren.

Ich habe darauf hingewiesen, dass die CDU immer eine Partei der Mitte war und das auch bleiben wird. In der politischen Auseinandersetzung kommt es darauf an, dass wir die Sachfragen in den Vordergrund stellen und weniger die Parteiräson. Denn wir müssen und können nur im Diskurs miteinander die Zukunft gewinnen.



Unterhaltsvorschuss künftig bis 18 Jahre

Gute Nachricht für alle Alleinerziehenden: Der Unterhaltsvorschuss wird künftig bis zum 18. Lebensjahr ausbezahlt. Bislang lag die Obergrenze bei zwölf Jahren. Gleichzeitig wird auch die maximale Bezugsdauer von 72 Monaten abgeschafft. Für Kinder nach Vollendung des 12. Lebensjahres ist zusätzlich Voraussetzung, dass sie selbst nicht auf Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) angewiesen sind oder dass der alleinerziehende Elternteil im

SGB II-Bezug eigene Einkünfte in Höhe von mindestens 600 Euro brutto monatlich erzielt.

Die neue Regelung tritt am 1. Juli in Kraft. Gut 120.000 Kinder werden demnächst von der neuen Regelung profitieren können. Sie ist nicht zuletzt deshalb zustande gekommen, weil der Bund seinen Anteil an der Finanzierung von einem Drittel auf 40 Prozent erhöht hat.

Der Unterhaltsvorschuss ist eine wichtige Leistung für

alleinerziehende Eltern und ihre Kinder. Das bestätigt die Gesamtevaluation der familienbezogenen Leistungen. Er sichert verlässlich die wirtschaftliche Stabilität der Familien und trägt zu ihrem Wohlergehen bei. Ein großes Problem ist es nach wie vor, den Unterhalt bei den säumigen Vätern – und auch Müttern – einzutreiben. Die Rückgriffquote lag in den letzten Jahren nur bei 23 Prozent.

Kinderehen werden verboten

Kinderehen sind künftig in Deutschland verboten. Dies hat der Deutsche Bundestag am Donnerstag beschlossen. Danach müssen beide Ehepartner künftig das 18. Lebensjahr vollendet haben, um heiraten zu können. Bislang konnte das Familiengericht Ausnahmen erlauben, wenn ein Ehepartner volljährig und der andere mindestens 16 Jahre alt war.

Hintergrund ist der Schutz von jungen ausländischen Frauen bzw. Mädchen, die in ihrer Heimat zum Teil schon

unter 16 Jahren verheiratet werden. Laut Justizministerium sind derzeit deutschlandweit 1.475 Minderjährige als verheiratet erfasst. Die meisten von ihnen sind Mädchen. 361 haben das 14. Lebensjahr noch nicht erreicht. In Brandenburg sind sechs Fälle von verheirateten Mädchen zwischen 16 und 18 Jahren bekannt.

Kinderehen verletzen die Grundrechte der Betroffenen. Insbesondere ihre Rechte auf freie Entfaltung, sexuelle Selbstbestimmung und

Bildung werden eingeschränkt. Unsere Aufgabe aber ist es, junge Menschen – und hier vor allem junge Mädchen – vor Fremdbestimmung und Willkür zu schützen.

Mit dem neuen Gesetz werden auch eheähnliche religiöse und traditionelle Rituale mit Kindern und Jugendlichen (z.B. Imam-Ehen) verboten. Wer an einer solchen Form einer Kinderehe mitwirkt, muss mit einem empfindlichen Bußgeld rechnen.

Besuchergruppe aus Potsdam



Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für
Familie, Senioren, Frauen und
Jugend
Mitglied im Ausschuss für
Menschenrechte und
Humanitäre Hilfe
Mitglied im Unterausschuss
Bürgerschaftliches Engagement

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer
Amei Stock

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu
abonnieren, senden Sie uns
bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Von der Recherche bis zur Diskussion

Bereits an meinem ersten Tag meines zweiwöchigen freiwilligen Praktikums im Büro des Bundestagsabgeordneten Martin Patzelt wurde mir ein sehr guter Einblick in die Arbeitswelt des Bundestages ermöglicht. Zuerst habe ich mich in die für die AGs relevanten Thematiken eingeleitet, welche dann am nächsten Tag in der AG Familie und der AG Menschenrechte debattiert wurden. Das Thema „Bekämpfung von Kinderehen“ und der dazu verbundene Gesetzentwurf wurde in beiden Arbeitsgemeinschaften besprochen und stand dann in den Ausschüssen zur Diskussion. Für mich war dieses Thema in den letzten Tagen sehr interessant gewesen, da es nicht nur während der AGs diskutiert wurde, sondern

mich auch nach Feierabend beschäftigt hat. Zu sehen, wie ein Thema zur Umsetzung kommt, ist sehr schön mitzuerleben. Gerade bei den Ausschüssen dabei zu sein und die Politiker, wie den Außenminister Sigmar Gabriel in Aktion zusehen, begeisterte mich sehr.

Außerdem hat mich der Jahresempfang der CDU Frankfurt/Oder sehr begeistert, da es interessant war, Martin

Patzelt und Bundestagspräsident Norbert Lammert frei vor dem Frankfurter Publikum reden zu hören.

Es hat mich sehr gefreut, dass mir ein Praktikum im Bundestag ermöglicht wurde. Ich möchte mich ganz herzlich bei Martin Patzelt bedanken. Außerdem bedanke ich mich bei seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen dafür, dass sie mich so gut begleitet haben. Laurenz Blömer



Keine Windräder im Schlaubetal



Über 300 Bürger von Mixdorf kämpfen gegen einen Windpark in unmittelbarer Nachbarschaft. Ich unterstütze sie. Wir haben rechtsstaatliche Mittel, um

Windkraft in geeigneten, die Menschen nicht belastenden Windparks zu nutzen. Eine „verspargelte“ Heimat ist nicht alternativlos.

